

# Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 1998

Nr. 118

ausgegeben am 10. Juli 1998

---

## Gesetz

vom 13. Mai 1998

### betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Exekutions- und Rechtssicherungsverfahren (Exekutionsordnung)

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich  
Meine Zustimmung:

#### I.

Das Gesetz vom 24. November 1971 über das Exekutions- und  
Rechtssicherungsverfahren (Exekutionsordnung), LGBI. 1972 Nr. 32/2,  
wird wie folgt abgeändert:

#### Art. 4

##### *Leistung Zug um Zug*

1) Die Bewilligung der Exekution wegen eines Anspruches, den der  
Verpflichtete nur gegen eine ihm Zug um Zug zu gewährende Gegenlei-  
stung zu erfüllen hat, ist von dem Nachweise, dass die Gegenleistung  
bereits erwirkt oder doch ihre Erfüllung sichergestellt sei, nicht abhän-  
gig.

2) Die Exekution ist auch hinsichtlich des Anspruchs zu bewilligen,  
der sich aufgrund einer Wertsicherungsklausel ergibt, wenn

a) die Wertsicherungsklausel an nicht mehr als eine veränderliche Grösse  
anknüpft und

b) der Aufwertungsschlüssel durch eine unbedenkliche Urkunde bewiesen wird. Der Beweis entfällt, wenn Aufwertungsschlüssel ein vom Amt für Volkswirtschaft verlautbarter Konsumentenpreisindex oder die Höhe des Aufwertungsschlüssels gesetzlich bestimmt ist.

3) Ist nach einem Exekutionstitel ein Anspruch wertgesichert zu zahlen, ohne dass hiezu näheres bestimmt ist, so gilt als Aufwertungsschlüssel der vom Amt für Volkswirtschaft verlautbarte, für den Monat der Schaffung des Exekutionstitels gültige Konsumentenpreisindex. Der Anspruch vermindert oder erhöht sich in dem Mass, als sich der Konsumentenpreisindex gegenüber dem Zeitpunkt der Schaffung des Exekutionstitels ändert. Änderungen sind solange nicht zu berücksichtigen, als sie 10 % der bisher massgebenden Indexzahl nicht übersteigen.

#### Art. 6

Wenn die in den Art. 3, 4 Abs. 2 und 5 geforderten urkundlichen Beweise nicht erbracht werden können, muss der Bewilligung der Exekution oder ihrer Fortführung die Erwirkung eines gerichtlichen Urteils vorausgehen.

#### Art. 19 Abs. 1

1) Wenn der Verpflichtete gegen die Bewilligung der Exekution einwendet,

- a) dass die für die Fälligkeit oder Vollstreckbarkeit massgebenden Tatsachen (Art. 3 Abs. 2) oder die angenommene Rechtsnachfolge (Art. 5) nicht eingetreten seien,
- b) dass sich der Anspruch, zu dessen Hereinbringung die Exekution bewilligt wurde, nicht aufgrund einer Wertsicherungsklausel ergebe,
- c) dass der betreibende Gläubiger auf die Einleitung der Exekution überhaupt oder für eine noch nicht abgelaufene Frist verzichtet habe, so hat er seine Einwendungen, falls sie nicht mit Rekurs gegen die Exekutionsbewilligung angebracht werden können, mit Klage geltend zu machen.

**II.**

Dieses Gesetz tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.

*gez. Hans-Adam*

*gez. Dr. Mario Frick*  
Fürstlicher Regierungschef